

Bezugsgebühr:

Wöchentlich für Kunden bei täglich
schmälerer Ausdruck durch andere
Zeitung und Monaten nur einmal
zu 10 Pf. durch aufwändige Kom-
militärs zu 10 Pf. bis zu 10 Pf.
Bei einzelner Ausdruck kann die
Zeitung ohne Schrift, im Rücken
mit entsprechendem Bildzeichen.
Nachdruck aller Artikel u. Original-
Abbildung nur mit deutlicher
Ausdrucksangabe. (Dresd. Rund.)
Schriftliche Sonderan-
sprüche werden unverbindlich
angezeigt. Bezahlung wird
nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse:
Neueste Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Carif.

Rauschen von Aufkündigungen
bis sonntags 8 Uhr. Sonn- und
Feiertag nur Montags 30 bis
11 bis 12 Uhr. Die Umsatz-Gehalts-
seite von 8 Silber 20 Pf., An-
händigungen auf der Werbeseite 20
Pf.; die zahltige Seite auf Zeit-
seiten 20 Pf., als Einzelnde Seite
20 Pf., in Nummern nach Sein-
und Reihenfolgen 10 Pf. Gründungs-
seite 20 Pf., auf Gründungs- 40 Pf.,
zahltige Seite auf Zeitseiten und als
Einzelseite 20 Pf. Auskunfts-An-
träge nur gegen Vorauszahlung.
Beigleiter folgt 10 Pfennige.

Bernrecher: Nr. 11 und 2000.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 28.

Der Detail-Verkauf der
Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz**,
Hoflieferant
Altmarkt 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte
Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Raucht
PATENT STROMUNDSTÜCK CIGARETTE.
von
3 Pf
an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Seidel & Naumanns
Nähmaschinen
Haupt-
Niederlage: H. Niedenführ,
Straßestrasse 9, zunächst d. Prager Str.
Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19 (kleines
Rauchhaus).

Tuchwaren.

Mr. 278. Standort: Kirchliche Toleranz, Prof. Reichardt, Dub. Festmahl der Dresdner Nachr., Gewerbeverein, Mutmaßl. Witterung: Mild, regnerisch. Dienstag, 9. Oktober 1906.

Katholisch-evangelische Toleranz — ultramontane Intoleranz.

Das Toleranzedikt der sächsischen Staatsregierung über die interkonfessionellen Friedhöfe, das in Gestalt eines Verordnungsentwurfs der Landesregierung vorliegt und von dieser zweifellos genehmigt werden wird, erfüllt auch in Breußen auffallende Beachtung, wofür die Tatsache Zeugnis ablegt, daß sogar die offiziell bedienten „Königl. Rtg.“ die Angelegenheit an leitender Stelle würdig und die einschlägigen Bekanntmachungen im Vorlaufe mitteilt. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt wurde, soll danach in Zukunft auf den evangelisch-lutherischen und den römisch-katholischen Gottesdämmern im Königreich Sachsen den Geistlichen beider Konfessionen gleichmäßig die Vornahme der Begräbnisfeierlichkeiten nach den Vorschriften des eigenen Bekennnisses bei Beerdigung ihrer Glaubensgenossen gestattet sein, ohne daß es einer besonderen Genehmigung der Organe der anderen Kirche bedarf. Es wird zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten, die von konfessionellen Heilspersonen hervorgerufen werden könnten, ausdrücklich vorgeschrieben, daß bei Vornahme einer Begräbnisfeier auf dem Gottesdamm der anderen Konfession die Geistlichen alle Aeußerungen zu unterlassen haben, die die religiösen Gefühle der Angehörigen dieser Konfession verletzen können; auch sind Störungen durch gleichzeitige Vornahme von verschiedenen konfessionellen Begräbnissen zu vermeiden.

Soweit bei dieser im Interesse des konfessionellen Friedens ohne Krone höchst erfreulichen Entwicklung die evangelische Kirche in Vertracht kommt, kann das von ihr erzielte duldsame Entgegenkommen nicht wundernehmen, weil der Protestantismus grundhöchst und seinem Weise noch tolerant ist. Gemäß kommen auch auf evangelischer Seite — das soll durchaus nicht verschwiegen werden — hier und da einmal Rölle vor, die den Vorwurf eines intoleranten Verhaltens mehr oder weniger rechtfertigen. Solche Vorwürfe sind aber in evangelischen Kreisen ganz außerordentlich selten und vermögen nichts an der sonst durchweg in der Praxis bestätigte Regel zu ändern, daß Duldsamkeit und Protestantismus ebenso ununterbrochene Begriffe sind wie Geistesfreiheit und Protestantismus. Auf katholischer Seite müßte die Duldsamkeit im Sinne der reinen christlichen Lehre ebenso vorhanden sein, wenn die katholische Kirche sich aus ihren eigentlichen seelsorgerischen und Hirtenberufen befreit. Das tut sie aber bekanntermaßen durchaus nicht, sondern sie wird in steigendem Maße von dem Reife der jesuitisch-ultramontanen Leitung umstritten, die in erster Linie weltlich-politische Machtzwecke verfolgt und diese unter dem Dokument der Religion und des Kirchentums zu erreichen trachtet. Je mehr ein solches System weltlicher Herrschaft in der römischen Kirche sich breit macht, desto straffer müssen natürlich die Rügel der konfessionellen Un duldsamkeit angezogen werden, weil der vom jesuitischen Ultramontanismus ertribte zweck blind gehorchte, in Geistesnächtheit gedrillte Massen auf Voraussetzung hat.

Es gab eine Zeit, wo auch in dem führenden Bundesstaate Preußen das heutige konfessionelle Heimfeld auf römischer Seite noch nicht bestand. Bis in die Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein gab es in Preußen ein altes südländisches Geschlecht von katholischen Geistlichen, das jede Absicht von konfessionalem Unfrieden weit von sich wies und höchstig auf die gewissenhafte Ausübung seiner seelsorgerischen Tätigkeit auf nationaler Grundlage beschränkte. Damals war es gar nichts Seltenes, daß die Geistlichen beider christlichen Konfessionen an der Einweihung ihrer Kirchen gegenseitig teilnahmen. Da brach möglich im Jahre 1837 der Kölner Bischofsstreit aus, indem der Erzbischof Droste zu Vischering genau im Sinne unserer heutigen Ultramontanen unter offener Auseinandersetzung gegen die Staatsgesetze, die ihm allerdings schlecht befanden, in der Frage der Misschelen die denkbare gefährlichste und unfriedfertigste Stellung gegenüber der anderen Konfession einnahm. Seit jener Zeit ist der jesuitische Ultramontanismus in der römischen Kirche von Stufe zu Stufe fortgeschritten und hat heute das Reptil so gut wie gänzlich an sich gerissen. Die Absicht der Jesuiten dieses Systems geht unverkennbar dahin, auch die leiste Spur eines rein religiösen Katholizismus zu vertilgen, das gesamte kirchliche Leben ausschließlich in den Händen der nationalen Machthabern zu unterwerfen und damit den konfessionellen Frieden endgültig zu untergraben. Noch ist freilich nicht aller Tage Abend, und wenn man an dem römischen Beispiel sieht, wie sich das grüne Reis des religiösen Katholizismus doch noch selbständig zu entwickeln vermag, trotz der geradezu fanatischen Bemühungen der Jesuiten, ihm Gott und Licht völlig abzuschneiden, dann will sich sicher die Hoffnung regen, daß es vielleicht doch noch einmal wieder auch in Preußen so werden könnte, wie vor dem Jahre 1837. Das vorhin genannte führende nationalliberale Blatt steht nicht an, die Haltung, die jetzt die katholische Kirche im Königreich Sachsen zu der Frage der Gestaltung von Katho-

lisen und Andersgläubigen auf denselben Friedhöfen eingenommen hat, als „wirlich tolerant“ zu bezeichnen, und erklärt, es werde dadurch der Beweis gebracht, daß zwischen Katholizismus und Ultramontanismus ein großer Unterschied besteht. Mit den neuen sächsischen Bestimmungen sei „dem konfessionellen Frieden in Sachsen ein breites Stück Boden erobert“. Angesichts sei an einem schönen Beispiel erwiesen worden, wie tolerant die katholische Kirche als solche im Gegensatz zu dem Ultramontanismus zu sein vermag.

Angesichts des im Königreich Sachsen erzielten Erfolges der konfessionellen Friedenssache drängt sich mit zwingender Gewalt die Frage auf, warum es in Preußen so ganz anders ist, warum die preußische Regierung nicht dasselbe erreichen kann wie die sächsische. Die Antwort ergibt sich aus dem Vergleiche des verschiedenem Maßes von Energie, das die beiden genannten Regierungen gegenüber dem Ultramontanismus bei der Verteidigung der protestantischen Lebensinteressen zur Anwendung bringen. Sachsen's Volk ist protestantisch bis in die Knochen und die sächsische Regierung wacht mit der reinsten Sorgfalt darüber, daß auch nicht ein Volk breit des alten geheiligten evangelischen Christentums im ländlichen Lande an den Ultramontanismus ausgestellt wird. In Preußen ist die Lage der Regierung allerdings insfern schwieriger, als dort mit einer erheblich größeren katholischen Minderheit der Überzeugung gerechnet werden muß. Das Ständische Regiment aber schlägt in dem Entgegenkommen gegen die Zentrumswünsche weit über das Ziel hinaus und läßt eine genaue Markierung der Grenzen vermissen, tensile deren der Ultramontanismus wissen muß, daß ihm im Namen der nationalen und geistig-kulturellen Interessen Deutschlands ein unerbittliches „Halt!“ entgegenstehen wird. Trotz aller notwendigen Realpolitik sieht sich auch in Preußen bei dem nötigen Belbewälteln auf Seiten der Regierung ein solcher konfessioneller Friedens- und Wohlstandszustand, wie er jetzt in Sachsen unmittelbar vor der geleglichen Konfrontierung steht, wohl ermöglichen. Was aber sehen wir statt dessen in dem führenden Bundesstaat? Ultramontan gesinnte Bischöfe untersetzen sich, die interkonfessionellen Friedhöfe, die es in Preußen auf dem linken Rheinufer gibt, für „verleucht“ zu erklären, wenn Protestanten darauf in Reih und Glied mit Katholiken bestattet werden, und verbürgen über solche „verfehlten“ Friedhöfe die schwere Kirchenstrafe des Interdicts, die sie bis zur erfolgten „Entföhnung“ für die Katholiken versemt macht. Die evangelische Mehrheit Preußens kann und muß verlangen, daß die preußische Kirchenpolitik weder auf einen Stand gebracht wird, der solche ungeheurelichen Ausschreitungen des römischen konfessionellen Fanatismus unmöglich macht und die ultramontanen Triebkräfte so weit niedergewingt, als erforderlich ist, um auch in protestantischen Landen die ländliche Erinnerung auf dem Gebiete des konfessionellen Friedens, wie sie sich in der Regelung der Friedhofssfrage verkörpern, zur Wirklichkeit zu machen.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. Oktober.

Evangelischer Bund.

Graudenz. Nach dem Jahresbericht des Evangelischen Bundes, der die heutige Mitgliederversammlung beschäftigte, zählt der Bund gegenwärtig 1606 Zweigvereine mit etwa 300 000 Mitgliedern.

Graudenz. Im der gestrigen Gründungsversammlung des Evangelischen Bundes verlas der Bundesdirektor Dr. Evertius aus Holle eine Reihe eingangsgelesene Gedankenmitschriften und Telegramme, unter diesen solche vom Deutsch-evangelischen Kirchenbund, vom Evangelischen Landeskonsistorium von Siebenbürgen, vom Evangelischen Bund Holland und dem Generalsuperintendenten von Ostpreußen Dr. Braun. Die Schlussworte des Bundesdirektors fließen aus in eine Huldigung für Martin Luther und den Fürsten Bismarck und in die Anerkennung, „deutsch und evangelisch“.

Graudenz. Der Direktor des Evangelischen Bundes Evertius eröffnete die heutige Mitgliederversammlung mit einer Ansprache, in der auf die Friedensversicherungen der Katholikenversammlung in Eisenach genommen wurde. Man habe dort einen Frieden aufzurütteln proklamiert mit dem Unterschied zwischen politischer und dogmatischer Toleranz. Hat einen solchen Frieden dank der Evangelischen Kirche. Ein wirklicher Friede sei nur möglich, wenn von den Katholiken erklärt werde, der Protestantismus sei eine berechtigte Erfindung des Christentums. Ohne diese Anerkennung sei ein dauernder Friede nicht möglich.

Großenhain. Der Kaiser ist heute nachmittag 1 Uhr 50 Minuten von vier abgereist.

Marienburg. (Priv.-Tel.) Der Kaiser traf nachmittag gegen 1/2 Uhr hier ein und besuchte das Schloß, das er unter Führung des Geheimerkonsulenten Dr. Steinbrecht besichtigte. Dann fuhr der Kaiser kurz nach 5 Uhr nach Danzig weiter.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär des Reichs- und Finanzministeriums, Freiherr v. Stengel, beschäftigt sich nächster Tage zum Vortrag beim Reichskanzler Fürsten Bismarck nach Homburg v. d. H. Der Besprechung, bei der es sich in erster Linie darum handelt, wie der nächste Reichshaushalt-Etat unter notwendiger Berücksichtigung der militärischen Erfordernisse am zweckmäßigsten zu gestalten ist, wird voraussichtlich auch der Kriegsminister v. Einem beiwohnen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Generalleutnant v. D. Lippmann erläutert folgende Erklärung: „Aus der ersten Nachricht über die

Verhandlung des Kammergerichts gegen Herrn Gaedke wurde ich die Überzeugung gewonnen, daß dessen Auseinandersetzungen über den Urteilsspruch eines aus aktiven Offizieren zusammengesetzten Ehrengerichts den Sinn habe, wie hierzulande nicht seit an unbedingten Gültigkeit unseres Rechtes, sondern waren Jahre, gegebenenfalls eine lange Aufzehrung des Eides zu befürchten. Am Vorab über diese schmäle Bekleidung habe ich in meinem „Zum Fälle Gaedke“ beurteilt, Auton „Zögliche Rundschau“ von gestern Abend den Ausdruck „Anfan“ neuerlich. Nachdem mir inzwischen verschiedene Zeitungsberichte zugangen sind, erkenne ich, daß ich an jener Überzeugung nicht fehlhalte habe und daß Herr Gaedke doch wohl etwas anderes gemeint hat. Ich nehme deshalb den Ausdruck „Anfan“ hierdurch auf, öffentlich, so wie er erfolgt ist und freiwillig.“ Erst jetzt erklärt: „Nachdem Herr Lippmann seine schwere Bekleidung auszufordern hat, nehme auch ich die Ausdrücke „Gemeinde“ und „Niederdrach“ zurück.“

Berlin. (Priv.-Tel.) Gegenüber den Meldungen verschieden Blätter, wonach Landwirtschaftsminister v. Pöhl bissig neuerdings sein Entlassungsgebot eingereicht habe, erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, allen Grund zu haben, die Richtigkeit der Meldung zu bekräftigen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der heutigen Sitzung der internationalen Konferenz für Funkentelegraphie, deren Verhandlungen weiteren schnellen Fortgang nehmen, wurde die erste Verlängerung der Konvention beendet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der am nächsten Sonntag stattfindenden großen internationalen Luftballon-Wettfahrt hat der Kaiser einen Ehrenpreis gestiftet. An der Luftballon-Wettfahrt durch Automobile am Mittwoch werden außer dem Prinzen Heinrich auch der Prinz von Sachsen-Altenburg und Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin teilnehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Richard Strauss' „Salome“ geht noch in der ersten Hälfte dieser Spielzeit, spätestens Anfang Januar, im Königlichen Opernhaus in Szene.

Wien. (Priv.-Tel.) Der 35jährige Professor Dr. Theodor Siebold bat sich in seiner Wohnung entlebt. Das Motiv ist unbekannt.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Vergangene Nacht fanden erneute Aufzügezenen in der Altstadt statt. Die Polizei griff mit blauer Waffe ein, wobei es zu einer schweren Verletzung kam.

Hamburg v. d. H. (Priv.-Tel.) Der preußische Gesandte in Darmstadt, Freiherr v. Benisch, ist mit Gewohnheit zum Besuch des Reichskanzlers Fürsten Bismarck hier eingetroffen.

Darmstadt. Die Darmstädter Sta. meldet: Die in der letzten Zeit in der Presse aufgetauchten Meldungen von einem bevorstehenden Besuch des russischen Kaisers Peters des Großen auf einen Stand gebracht wird, der solche ungeheurelichen Ausschreitungen des römischen konfessionellen Fanatismus unmöglich macht und die ultramontanen Triebkräfte so weit niedergewingt, als erforderlich ist, um auch in protestantischen Landen die ländliche Erinnerung auf dem Gebiete des konfessionellen Friedens, wie sie sich in der Regelung der Friedhofssfrage verkörpern, zur Wirklichkeit zu machen.

Darmstadt. (Priv.-Tel.) Der Regierungsrat Dr. Kollenberg, Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern, hat sich aus unbekannten Gründen erschossen.

Köln. (Priv.-Tel.) Der Köln. Stg. wird aus Berlin gemeldet: Der Kiel des Staatssekretärs v. Tschirschky nach Rom werden von einigen Seiten besondere politische Motive untergelegt, was momentan nicht ist, da es sich nur um eine Erholungsdurlaufsreise handelt, die Freiherr v. Tschirschky in Begleitung seiner Gemahlin antreten wird. Ob er dabei auch Wien berührt, steht noch nicht fest.

Eisen. (Priv.-Tel.) Der Verband und der Gewerbeverein halten gestern zahlreiche Bergarbeiter-Versammlungen ab. In den neuw. Gewerkevereins-Versammlungen wurde hauptsächlich gegen die Verschmelzung der Organisation Einspruch erhoben, während die vier Verbände-Versammlungen die Sozialbewegung behandelten, wobei das Vorhaben der Siebenbürgenkommission gebilligt wurde.

Aachen. (Priv.-Tel.) Der Sonnabend war ein unglaublicher Tag. In einem Hotel starb ein Angestellter die Treppen herab und brach das Genick. Das gleiche Schicksal traf einen Handelsmann, und ein ehemaliger Kaufmann erholte sich wegen zerstörter Vermögensverhältnisse.

Herbeschau. (Priv.-Tel.) Die große Ausstellungshalle von Dissenbach im benachbarten Westenstadt, welche 250 Arbeiter beschäftigte, hat ihren Betrieb wegen Mangels an lohnender Arbeit eingestellt.

Mannheim. (Priv.-Tel.) Die Buchdrucker gehilfen Mannheims und der benachbarten badischen und pfälzischen Dörfern lehnen in gemeinsamer Versammlung die Beihilfe des Tarifabschlusses der Deutschen Buchdrucker ab.

Strasburg i. C. (Priv.-Tel.) Auf der Jahresversammlung der städtischen Arbeitsnachweise Elsass-Lothringens auf der die größeren Städte des Landes durch ihre Bürgermeister vertreten waren und der Ministerialreferent für das Bürgerschaftswesen, Geheimer Regierungsrat Dr. Bömer, beimahlte, bewußtete man sich im allgemeinen nur mit den sozialpolitischen Ergebnissen der Tätigkeit der Arbeitsnachweise. Besondere Klagen wurden über das Treiben der gewerbmäßigen Vermittler und über die Saldung der Behörden ihnen gegenüber geführt. Söhle könnte hier nur durch eine genaue Statistik gehilft werden.

Cottbus. (Priv.-Tel.) Der preußische Arbeiter Kapita der bei Borken in der neutralen Prignitz nach von Schmieden weggeworfenen Werkstätten fügte und die russischen Grenzolden bewohnte, wurde von einem berittenen Grenzolden gewollt auf russisches Gebiet zum Grenztoron geschleppt und mit Fesseln gekettet.

Rom. (Priv.-Tel.) Am Donnerstag sind wegen Einführung neuer Gemeindesteuern Unruhen ausgebrochen. Es kam dabei zu Zusammenstößen mit dem herbeigekommen Militär, wobei ein Soldat durch Steinwürfe schwer verletzt wurde.

Rom. (Priv.-Tel.) Bei dem Eisenbahnbauungslage bei Vicenza sind keine reichsdeutschen Passagiere aus